

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Nachrichten Dresden
Herausgeber: Hermann
Vom für Nachrichten: Nr. 20011
Schulstr. 1 u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-N. 1, Rattenfische 28/29

Bezugsgebühr vom 18. bis 21. Dezember 1920 bei täglich zweimaliger Auslieferung frei Haus 1.70 Mk.
Bezugsgebühr für Monat Dezember 5.40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pf.
Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Gelddauer berechnet; die einseitige 20 mm breite Zeile
25 Pf., für auswärts 40 Pf. Romilanzeigen und Stellenangebote 20 Pf., auswärts 35 Pf., auswärts
35 Pf., bis 90 mm breite Reklamezeile 200 Pf., auswärts 250 Pf. Offertengelder 20 Pf.
Kleinräumige Aufträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Bleich & Reichardt,
Dresden, Waldstr. 106. Dresden
Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe
(Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte
Schreibstücke werden nicht aufbewahrt

Pariser Propaganda gegen Deutschland

Phantasien über den deutschen Wohlstand

Paris, 28. Dez. Der halbamtliche „Excelsior“ erinnert im Zusammenhang mit der amerikanischen Begehrung, eine Verbindung der Reparations- und Schuldenfrage zuzulassen, daran, daß Frankreich das einzige Land sei, das bisher noch nicht das Schuldenabkommen mit Amerika ratifiziert habe. Die beiden bisher geleisteten Jahreszahlungen stellten nur einfache Abschlagszahlungen dar. Man habe daher Grund zu der Frage, ob die französischen Schuldverhältnisse in dem Reparationsabstande sich nicht in einer schwierigen Lage befinden würden, da in dem Ausmaß auch Amerikaner sitzen würden. Diese hätten dann, mit Ausnahme der Franzosen, nur Vertreter derjenigen Länder vor sich, die ihre Schulden mit Amerika geregelt hätten.

Wie könne die französische Regierung ihre Rolle als unerschütterlicher Gläubiger gegenüber Deutschland und als unerschütterlicher Schuldner gegenüber Amerika aufrechterhalten?

Die französisch-amerikanische Zusammenarbeit sei für das Gelingen eines jeden Kommerzialisierungsplanes der deutschen Schuld unerlässlich. Die Unterbringung der deutschen Eisenbahn- und Industrieobligationen sei nicht möglich, wenn sich die großen amerikanischen Finanzmärkte verschließen.

In einem Artikel „Die Legende von der deutschen Armut“ im „Petit Parisien“ kommt der bekannte französische Wirtschaftspolitiker Seydoux zu folgendem Schluss: Die Einnahmen der französischen Eisenbahngesellschaften werden für 1920 in runden Ziffern etwa 15 Milliarden Franken ausmachen. In Deutschland werden sie 5,15 Milliarden Goldmark, das heißt 31 Milliarden Franken betragen, also das Doppelte der französischen Einnahmen. Gleichzeitig beträgt

der französische Staatshaushalt 45 Milliarden Franken, der deutsche 10 Milliarden Goldmark, das heißt ungefähr 60 Milliarden Franken.

Das Verhältnis der deutschen Eisenbahneinnahmen zum deutschen Staatshaushalt ist also 1:2, während das Verhältnis in Frankreich sich auf 1:3 beläuft. Es gebe kein besseres Anzeichen für den Wohlstand eines Landes, als ein ausgedehntes wohlorganisiertes Eisenbahnnetz. So schreibt Seydoux, als seine Eisenbahneinnahmen. (?) Man erkenne also, daß die Staatshaushalte, die auf der deutschen Wirtschaft ruhten, durch die Elemente des allgemeinen Wohlstandes viel mehr ausgeglichen seien als in Frankreich.

Diese Beweislösung ist völlig abwegig. Es kommt darauf an, wieviel der Staatshaushalt auf den Kopf der Bevölkerung für die Zwecke der Allgemeinheit aufzuwenden vermag. Es ergibt sich dann, daß Deutschland nach Abzug der den Staatshaushalt belastenden Dameslasten etwa 190 Mark auf den Kopf der Bevölkerung aufzuwenden kann, während Frankreich auf den Kopf der Bevölkerung 100 Mark zu leisten vermag. Dieser gewaltige Unterschied spricht für den Reichtum Frankreichs und für die Armut Deutschlands. Das Rechenkunststück mit den Eisenbahnen ist um so irreführender, als dabei in Betracht gezogen werden muß, daß Deutschland, in der Mitte Europas gelegen, der natürliche Mittler des Handelsverkehrs zwischen West- und Osteuropa ist und aus Gründen des großen Durchgangsverkehrs auch eine verhältnismäßig höhere Eisenbahneinnahme besitzen muß als Frankreich. Zu Rückschlüssen auf den Wohlstand berechtigt dies jedoch den ehrlichen Beobachter nicht.

Die Achillesferse des Parlamentarismus

Spiel mit einer Kabinettskrise, weil Poincaré gegen Erhöhung der Löhne ist

Paris, 28. Dez. Völlig unerwartet hat sich die Gefahr einer neuen Kabinettskrise eingestellt. Diesmal handelt es sich um die Meinungsverschiedenheiten des Ministerpräsidenten mit den übrigen Ministern bezüglich der Erhöhung der Abgeordnetenlöhne, für die der Finanzminister Chéron im Senat eintrat, während Poincaré sich zwar nicht ausdrücklich dagegen ausspricht, den Augenblick für die Behandlung der Frage aber nicht für geeignet hält.

Während sich der Senat am Donnerstag in öffentlicher Sitzung mit der Beratung des Finanzgesetzes befaste, herrschte in den Wandelgängen lebhafteste Bewegung, die von Minute zu Minute wuchs, so daß man sich in die feierlichsten Stunden der Ministerkrisen

zurückversetzt glaubte. Am Nachmittag waren der Ministerpräsident und die Minister Briand, Barthou und Marraud im Senat hinter verschlossenen Türen zu einer Art kleinem Kabinettsrat zusammengetreten, der außerordentlich lebhaft verlief. Nach Beendigung dieser Konferenz stellten Poincaré und Finanzminister Chéron eine private Besprechung ab, worauf Poincaré, ohne ein Wort zu sagen, den Senat verließ, während die übrigen Minister von Chéron fort zu einer neuen vertraulichen Beratung aufgefordert wurden. Man erhofft schließlich, daß die Regierung mit Ausnahme ihres Chefs die schon früher getroffene Entscheidung aufrechterhielt und Chéron am heutigen Freitag das Ge-

über die Erhöhung der Abgeordnetenlöhne, so wie es nach der Abstimmung in der Kammer Chéron selbst neu gefaßt hatte, vertreten soll.

Am Freitagvormittag wird ein Kabinettsrat stattfinden, der sich einmal mit der Angelegenheit befassen soll. Es ist möglich, daß es zu einer Lösung kommen wird. Da sich alle Mitglieder der Regierung darüber einig sind, die Abstimmung über den Haushalt bis zum 31. Dezember zu erlebigen, besteht die Aussicht, daß auch die Frage der Löhnerhöhungen vom übrigen Haushaltsgesetz abgetrennt wird.

Verhandlung gegen Dr. Noos in Nancy

Paris, 28. Dez. Dem „Matin“ wird aus Nancy gemeldet, daß höchstwahrscheinlich das Schwurgericht in Nancy mit dem Fall des Dr. Noos befaßt werden wird. Aber diese Überweisung würde die Eröffnung einer ganz neuen gerichtlichen Voruntersuchung notwendig machen. (W.F.)

Bolivien's Truppen rücken erneut vor

Washington, 27. Dezember. Während man in Washington abwartet, ob Bolivien und Paraguay den vor zwei Tagen hier ausgearbeiteten Protokollentwurf annehmen, berichtet die Gesandtschaft Paraguays heute abend, die Bolivianer hätten das Fort Vanguardia in dem umstrittenen Gebiet wieder besetzt und ihre Truppen zwölf Meilen weiter in das Innere des Gebietes vorgeschoben und dadurch wieder eine sehr ernste Lage geschaffen. Die Gesandtschaft bemerkt, dieser Vorstoß sei ohne Gesicht vor sich gegangen. Die Bolivianer hätten Vorteil aus dem Befehl gezogen, den die Regierung Paraguays an ihre Truppen ausgegeben hatte, alle Feindseligkeiten einzustellen.

21 Tote bei einer Eisenbahnkatastrophe

Die Folgen eines Attentats auf einen kalifornischen D-Zug

San Bernardin (Kalifornien), 28. Dez. Auf der Santa Bernardin erreichte sich bei Hesperia ein schweres Unglück. Der Schnellzug Los Angeles-Chicago entgleiste an der genannten Stelle mit der Lokomotive und sieben Wagen. Einige der besetzten Wagen stürzten die 15 Fuß hohe Bahnhöhe hinunter.

19 Reisende sowie der Lokomotivführer und ein Mechaniker sind getötet worden.

Unter den Getöteten befindet sich auch der Gouverneur der Provinz Chihuahua.

Nach Ansicht der Bahnbeamten ist die Entgleisung des Expresszuges, der zur Zeit des Unglücks mit voller Geschwindigkeit fuhr, auf einen verbrecherischen Akt zurückzuführen. Von unbekanntem Täter ist, so erklärten die Bahnbeamten, die Befestigung einer Schiene entfernt worden.

Pest und Hunger in China

London, 28. Dez. Das amerikanische Komitee zur Verringerung der Hungersnot in China berichtet, daß in Nordchina die Pest ausgebrochen ist. 12 Millionen Menschen werden durch die Hungersnot bedroht. Der Mangel an Lebensmitteln trägt wesentlich zur Verbreitung der Epidemie bei.

Erneuter Kampf gegen das lettische Deutschtum

Der „Dank“ der Regierung

Berlin, 28. Dez. Wie aus Riga gemeldet wird, ist es zwischen den lettischen Deutschen und der lettischen Regierung abermals zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten gekommen. In Lettland haben nämlich die Teilnehmer an den Befreiungskämpfen der Jahre 1918/20 ein Recht auf kostenlosen Erwerb einer Landparzelle aus dem staatlichen Landesfond, der aus dem durch die radikale Agrarreform enteigneten Grund und Boden besteht. Jetzt stehen wieder einige tausend Parzellen zur Verteilung an die Kämpfer bereit, wobei die Anwärter in mehrere Kategorien geteilt werden. Zur höchsten Kategorie gehören die mit dem Vätertötorden Ausgezeichneten, wie auch die im Kriege Verwundeten. Nun hat jüngst das Zentralland-einrichtungskomitee beschlossen, auch familiäre Freiwillige, die in die lettische Südbrigade des Obersten Bassob, wie auch in die lettische Nordbrigade des Obersten Semitan bis zum 22. Juni 1919 eingetreten waren, gleichfalls in die höchste

Erfolge der afghanischen Regierungstruppen

Moskau, 28. Dez. Aus Kabul wird gemeldet: Die Regierungstruppen besetzten Paganan und drängten die Aufständischen 30 Kilometer von Kabul auf der Straße nach Tscharkhar zurück. Das Militärhospital auf der Anhöhe von Bahibala und eine Anzahl Dörfer bei Kabul sind von den Aufständischen zerstört worden.

„Times“ berichtet aus Konstantinopel: Afghanische Offiziere, die zu Ausbildungszwecken der türkischen Armee beigegeben wurden, sind nach Afghanistan zurückberufen worden. Ferner ist die türkische Militärmission unter Niazim Pascha, die sich auf dem Wege nach Afghanistan befand, um zur Ausbildung des afghanischen Heeres zu dienen, angewiesen worden, in Bombay zu bleiben.

Einer Neutermeldung aus New Delhi zufolge, befinden sich unter den aus Kabul nach Peshawar von britischen Flugzeugen beförderten Personen die Sekretärin des deutschen Vertreters Dogen, Signora Romaguani, Frau Halef Asaf, die deutsche Frau eines türkischen Lehrers an einer Militärschule, und ihre beiden Kinder, sowie vier Kinderfräuleins und Frau Chaherme, die deutsche Frau eines Angestellten im afghanischen Kriegsministerium.

Errichtung einer irischen Monarchie?

London, 28. Dez. „Daily Express“ meldet aus Paris, es verlautet, daß vorbehaltlich der Zustimmung der Mandatskommission des Völkerbundes die irische Verfassung vielleicht geändert und das französische Mandatsgebiet Eriken in eine Monarchie umgewandelt werden würde. Die endgültige Wahl für den irischen Thron werde wahrscheinlich auf Prinz Adil Ben Njad fallen, dessen Kandidatur jetzt in einflussreichen Kreisen in Paris erörtert werde. Adil Ben Njad ist ein Nachkomme der Omajjaden-Kalifen. Seine Frau ist eine Nichte des Königs Fuad von Ägypten. Er selbst ist französischer Bürger, lebt in Passy und ist im Alter von 45 Jahren.

Eine Million Grippekranke in Nordamerika

London, 28. Dez. Die Zahl der Grippefälle in den Vereinigten Staaten hat in der vergangenen Woche eine Million überschritten. Vier Fünftel aller Fälle entfallen auf 25 Staaten. Das amerikanische Gesundheitsamt glaubt, daß der Höhepunkt in den westlichen Staaten nunmehr überschritten ist, rechnet aber mit einer bedeutenden Vermehrung in den dichtbevölkerten östlichen Staaten. Am schwersten betroffen sind die Staaten North-Dakota, Iowa, Kansas und Kentucki. Es sind Anzeichen für eine noch ernstere Welle vorhanden.

Schwere Grubenverlüste in Südafrika

London, 28. Dez. Nach Berichten aus Bulowago in Rhodesia ist im Verlauf eines Sturmes die Birtchday-Grube, das Eigentum einer britisch-südafrikanischen Gesellschaft, überschwemmt worden. Eine Rettungskolonie konnte bisher einen europäischen und 14 eingeborene Arbeiter retten. 20 eingeborene Arbeiter werden noch vermisst. Die Reuter aus Johannesburg berichtet, ereignete sich auf der Robinson-Deep-Grube ein schweres Unglück, wobei ein europäischer und ein eingeborener Bergarbeiter ihr Leben verloren. Sechseuropäische und 15 eingeborene Bergarbeiter wurden verletzt. Die Belegungen von zwei Europäern sind lebensgefährlich.

Kategorie einzureihen. Diese Bevorzugung wird hingegen den Freiwilligen der deutsch-baltischen Truppe der baltischen Landeswehr nicht zuteil. Die Letten übergehen also ein solches Opfer des Volksehrgeizes geworden wäre. Die deutschen Parlamentsabgeordneten werden sich auf das energischste für eine Abänderung dieses Beschlusses einsetzen.

Fünf Todesurteile eines Sowjetgerichts

Moskau, 28. Dez. Das Sowjetgericht in Nowosibirsk hat im Zusammenhang mit der Bekämpfung der gegenrevolutionären Elemente in Sibirien am Donnerstag fünf Todesurteile gefällt. Unter den Todesurteilten befindet sich auch ein Rotarmist, der zwei Kommunisten erschossen hat.

Im Gouvernement Nowosibirsk, im Dorfe Duro haben die Großbauern zwei Kommunisten getötet, weil sie eine Propaganda gegen die Kirche gefaltet haben.